

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Samstag, 10. April 1926.

Nr. 85.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1926)

Um die Nachfolge des Präsidenten.

Dem Gesetze zum Schutze der Republik ist es zu danken, daß es in der Republik nach alt-österreichischem Muster wieder eine Art von Majestätsbeleidigungsparagraf gibt. Gegen Angehörige der staatsbehaltenden Parteien, wie sie sich selbst zu nennen belieben, ist dieser Paragraf noch niemals angewendet worden, obwohl Merkmale wie Nationaldemokraten in angekommener patriotischer Gesinnung gelegentlich wahre Sehnsüchte gegen die Person des Präsidenten der Republik veranlassen haben. Dagegen hat unter anderem das Zikiner Kreisgericht am 12. August 1925 einen deutschen sozialdemokratischen Redakteur wegen Vergehens nach Paragraf 11, Z. 2, des Gesetzes zum Schutze der Republik schuldig erkannt und ihn zu einer Arreststrafe in der Dauer von drei Wochen, verschärft durch eine Faste, bedingt verurteilt. Ueber die eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde des Verurteilten und die vom Staatsanwalt eingeleitete Berufung gegen das angeblich zu geringe Strafmaß und die bedingte Verurteilung entschied am 9. November 1925 der Oberste Gerichtshof, die Nichtigkeitsbeschwerde zurückzuweisen, dagegen gab er der Berufung gegen die bedingte Verurteilung statt und beschloß, da „das öffentliche Interesse den Strafvollzug erheischt“, die unbedingte Verurteilung. Unser Genosse, der die Strafe bereits verbüßt hat, wurde verurteilt, weil er in einer Sitzung der Trautnauer Gemeindevertretung gegen einen Antrag auf Befreiung des Rathauses am Geburtstage des Präsidenten gesprochen hatte, aber nicht wegen der Person des Präsidenten — von ihm sagte er: „wir wissen die Verdienste des Politikers und Gelehrten Masaryk zu würdigen, der Denker Masaryk steht uns genau so hoch, wie jedem tschechischen gebildeten Menschen“ — sondern wegen der gegen die Arbeiterschaft und die nichttschechischen Nationen betriebenen Gewaltpolitik. Dabei sah das Gericht eine auf den Staat gemeinte Äußerung, als auf den Präsidenten gemeint an. Man erkennt, daß die Justiz die volle Strenge des Gesetzes walten läßt, wenn ein Staatsfeind eine — in diesem Falle nur vermeintliche — Beleidigung des Präsidenten begeht.

Damit vergleiche man, wie die Patrioten, die das Schutzgesetz und damit den neuen Majestätsbeleidigungsparagrafen geschaffen haben, selber den Respekt vor der Person des Präsidenten wahren! Von früheren Beispielen sei hier abgesehen, die heiße Verehrung, die sie für ihn empfinden, beweist ein Fall aus jüngster Zeit zur Genüge. Er soll hier erzählt werden. Der tschechische Dichter und frühere Armeesinspektor Machar veröffentlicht in dem Wochenblatt „Narodni Prace“ politische und persönliche Erinnerungen, in denen er auch von einem Abendessen beim Präsidenten der Republik erzählt, an dem außer ihm auch Svehla und Tomasek teilnahmen. Bei diesem Abendessen verführte der Präsident die Frage seines Nachfolgers und er gab hierbei der Meinung Ausdruck, daß als sein einziger eventueller Nachfolger Dr. Benes in Betracht kommen könne. Der Präsident bemerkte dazu, es sei notwendig, Dr. Benes der Nation näher zu bringen. Anknüpfend an diese Erzählung Machars veröffentlichte nun am Mittwoch die Wilsner „Rova Doba“ ein Telegramm aus Prag, in welchem angegeben wird, daß sich die Sache wirklich so zugetragen habe, wie sie Machar schilderte, aber diese „mit schweigender Zustimmung der anwesenden Politiker getroffene Vereinbarung“ sei kurz nachher durch eine Vereinbarung der Koalitionsparteien umgestoßen worden. Diese Vereinbarung geht dahin, daß der eventuelle Nachfolger Masaryks nicht Dr. Benes, sondern Svehla sein solle. Da seither über die Nachfolge des Präsidenten nicht mehr verhandelt wurde, könne man annehmen, die alte Vereinbarung der Koalitionsparteien über Masaryks Nachfolger bestehe noch zu recht.

Friedensverhandlungen mit Abd el Krim.

Paris, 9. April. Der Ministerrat befahte sich heute außer mit der Demission des Innenministers Ralby namentlich mit der marokkanischen Lage, welche Ministerpräsident Briand und Kriegsminister Painlevé eingehend darlegten. Der Kriegsminister erklärte Pressevertretern gegenüber, daß sich die Lage geklärt habe und eine baldige Verwirklichung des Friedens erhofft werden könne. Die Emisäre Abd el Krims haben ein Anbot zur Aufnahme von Friedensverhandlungen gemacht, welches angenommen wurde. Die Verhandlungen werden in der nächsten Zeit in

Ujda an der Grenze von Algier-Marokko beginnen. Die französische Regierung hat sich mit der spanischen Regierung über das Vorgehen vollkommen geeinigt. Eine Vorkonferenz der französischen mit den spanischen Delegierten wird in Paris stattfinden, worauf beide Delegationen nach Ujda abreisen. Die Rüstungen haben eine aus hervorragenden Persönlichkeiten der Rüstung bestehende Delegation ernannt. Die erste gemeinsame Zusammenkunft soll bereits in der nächsten Woche erfolgen.

Politische Krise in Bermanenz.

Keine Mehrheit für die Staatsangestelltenvorlage. — Stříbrný gegen die Beamtenregierung. — Die Getreidezölle und der Deutsche Verband. — Vorläufig keine Einberufung des Parlaments.

Die politische und parlamentarische Situation wird immer verworrener, es zeigt sich immer mehr, daß die Beamtenregierung nicht imstande ist, irgend eine der legislatorischen Aufgaben des Parlaments auch nur um einen Schritt vorwärts zu bringen. Die dringendste Aufgabe der Regierung ist, sich eine Mehrheit für die Annahme der

Staatsangestelltenvorlage

zu suchen. Das ist aber nicht so einfach, denn die alte Koalitionsmehrheit ist in dieser Frage vollkommen uneinig. Wie wir schon berichtet haben, haben die der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission angehörigen Staatsangestelltenorganisationen den Entwurf der Regierung abgelehnt, beziehungsweise eine Reihe von Abänderungsanträgen dazu überreicht. Die Regierung besetzt aber darauf, daß die Vorlage über die Staatsangestellten genau in demselben Wortlaut angenommen wird, wie sie dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde. Dadurch entsteht für die tschechische Sozialdemokratie eine schwierige Situation, denn sie muß den Wünschen der Gewerkschaftsorganisationen einigermaßen Rechnung tragen, und ob diese die gestellten Abänderungsanträge fallen lassen werden oder ob die Regierung doch einige dieser Anträge annehmen wird, steht dahin. Dazu kommt noch, daß auch die

tschechische sozialistische Partei der Regierung in der Frage der Staatsangestellten Schwierigkeiten zu bereiten beginnt. Offenbar wollen die tschechischen Sozialisten hinter den tschechischen Sozialdemokraten, welche der tschechischen Bevölkerung als die schärfsten Bekämpfer der Getreidezölle und die tatkräftigsten Hüter der Interessen der Staatsangestellten erscheinen, nicht zurückbleiben. Das „Cestě Slovo“ erklärt, daß die Regierungsvorlage in ihrer gegenwärtigen Form nicht annehmbar sei, und betrachtet das Vorgehen der Regierung in der Frage des Gehaltssteiges als eine Kampfansage. Die tschechischen Sozialisten wollen, so erklärt das Blatt, unter allen Umständen die Regierungsvorlage verbessern, wenn es notwendig sein wird, auch gegen die Regierung. Daneben läuft noch ein

zweiter Konflikt der tschechischen Sozialisten, beziehungsweise ihres politischen Führers Stříbrný mit der Regierung.

Stříbrný hat an den Ministerpräsidenten einen Brief geschrieben, aus dem die tschechische sozialistische Zeitschrift „Rova Evropa“ unter dem Titel „Die Demagogie der Beamtenregierung“ eine Inhaltsangabe veröffentlicht. Unter anderem beschwert sich Stříbrný, der ähnlich wie nach der Warmaggiare, als er aus der Regierung aus-

trat, auch jetzt, nachdem die Koalitionsregierung gestürzt ist, den unentwegten Befürworter aller Forderungen der breiten Massen spielt, darüber, daß er trotz des Widerstandes des Generalstabes bereit war, den Voranschlag des Ministeriums für nationale Landesverteidigung heuer um 350 Millionen und in den künftigen elf Jahren um 300 Millionen herabzusetzen, damit eine Bedeckung für die Erhöhung der Staatsbeamtengehälter gefunden werde. Trotzdem beharrte der Finanzminister, so lange die Koalitionsregierung bestand, darauf, daß der Zuder um 20 Heller teurer werden, und daß auch die Zölle auf Kaffee und Tee erhöht werden müssen. Nun, nachdem die parlamentarische durch eine Beamtenregierung ersetzt ist, halte der Finanzminister die Verteuerung des Zuders nicht mehr für notwendig. Ähnlich verhalte es sich mit der Frage der Löhnung der Soldaten. Der Finanzminister hat Stříbrný als Nationalverteidigungsminister genötigt, die Löhnung der Soldaten herabzusetzen und ebenso hat das Oberste Kontrollamt den Minister in den letzten Tagen seiner Wirksamkeit darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlung des höheren Soldes ungepünlich ist. Kaum war aber die Beamtenregierung am Ruder, wurde die Auszahlung des herabgesetzten Soldes auf den Herbst verschoben. Daraus ist die Absicht zu entnehmen, die parlamentarische Regierung zu kompromittieren und die Beamtenregierung in das hellste Licht zu stellen. Auch in der Frage der Herabsetzung der Dienstzeit von 18 auf 14 Monate geht die Beamtenregierung unloyal vor. Stříbrný wollte in die 14monatige Dienstzeit nur dann einwilligen, wenn auch das Gesetz über die Vermehrung der längerdienenden Unteroffiziere gleichzeitig vorgelegt würde. Die Beamtenregierung aber will die 14monatige Dienstzeit einführen, ohne diese notwendigen Garantien. Desgleichen hat der Ministerpräsident persönlich Stříbrný versprochen, daß der Direktor der Großhandelsbank Lu stýg nicht zum Mitgliede des Bankrates werde ernannt werden und doch sei es geschehen. Deshalb breche Stříbrný alle Beziehungen zum Ministerpräsidenten ab.

Auch in der Frage der

Getreidezölle

ist alles beim alten. Zweifellos sind die deutschen Agrarier bereit, in dieser Frage der Regierung zu Hilfe zu kommen und ihre Stimmen zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Christlichsozialen werden in dieser Frage wohl mit den deutschen Agrariern zusammengehen, schon deswegen, weil sie die Konkurrenz der Agrarier auf dem Lande zu fürchten haben. Die Kompensation für das Verhalten der deutschen Agrarier soll, wie die „Rova Doba“ meldet, in der Einstellung der Exekution gegen den Waderbesitz des Silesies Tepl und der Nichtherausgabe des Wadergesetzes bestehen.

Da nun keine der schwebenden politischen Fragen bereinigt ist, wird es vorläufig nicht zur Einberufung des Parlaments kommen,

die ursprünglich für den 20. April geplant war. Die Sitzung des Parlamentspräsidentiums, die vorgestern stattfand, konnte den Termin für die Einberufung des Abgeordnetenhauses nicht festsetzen, weil über die schwebenden politischen Fragen keine Einigung erzielt worden ist und die Beamtenregierung kein Interesse an einer Parlamentsagung hat, in welcher zum Ausdruck käme, daß sie über keine Mehrheit verfügt. Um den Nicht-zusammentritt des Parlaments zu rechtfertigen, wird in der Regierungspresse darauf verwiesen, daß die agrarischen Abgeordneten mit dem Frühjahrsanbau beschäftigt sind und daher im Parlament nicht erscheinen können. Man kann sich schon vorstellen, wie der Frühjahrsanbau die Herren Bradač und Dr. Hodža antreibt. Seit der Reinvahl des Parlaments am 15. November 1925 sind die Arbeiten des Parlaments gleich Null, worin die Krise der internationalen Koalition deutlich zum Ausdruck kommt, die nicht nur eine Krise des Parlaments, sondern eine Krise des Nationalstaates ist.

Wie wir erfahren, werden die tschechischen Beamtengewerkschaften heute, Samstag, durch ihre Vertreter, tschechische sozialdemokratische und nationalsozialistische Abgeordnete, erklären lassen, daß sie die Beamtenvorlage in der Fassung der Regierung unbedingt ablehnen müssen. Der Ministerpräsident hat also nur die Wahl, die Vorlage zurückzuziehen oder trotzdem zu versuchen, sie im Parlament gegen die tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten durchzubringen, wofür die Regierung aber kaum eine Mehrheit finden wird. Die parlamentarische Situation ist also wieder einmal gründlich verfahren.

Man wird schwerlich ein zivilisiertes Land finden, in dem ein solches Vorgehen der an seiner Spitze stehenden Menschen denkbar wäre. Man hat schon früher gewußt: diese Gesellschaft ist von irgendwelchen sentimentalen Gefühlen und Bedenken nicht angekränkt, aber einer solchen — gelinde gesprochen — Taktlosigkeit hätte man sie doch nicht für fähig gehalten. Was ist dagegen gehalten selbst ein beleidigendes Wort gegen den Präsidenten, in der Hitze des politischen Kampfes gesprochen, für welches das Schutzgesetz keine Fangeisen bereit hält! Liegt nicht in dieser kalt-geschäftsmäßigen, im intimsten Zirkel der Koalitionsbrüder geschlossene Vereinbarung eine stärkere Abkantung für den angeblich so vergötterten Masaryk, nicht nur als dem Präsidenten des Staates, sondern auch als Menschen? Um das richtig zu erkennen, muß man den Kultus kennen, der von den geachteten Patrioten mit Masaryk getrieben wird, ein Kultus freilich, der nur äußerlich ist. Es gibt kein verherrlichendes Weiswort, mit dem bei festlichen Gelegenheiten der Namen und die Person Masaryks nicht geschmückt werden würden. Masaryk der Denker, Masaryk der Philosoph, Masaryk der Befreier, Masaryk der selbstlose Kämpfer, Masaryk der Führer seines Volkes — man muß den Eindruck empfangen, die ganze Nation erblicke bewundernd in seiner Person das höchste menschliche Kunstwerk, die Vollendung der menschlichen Persönlichkeit. Nun, man hat reichlich Gelegenheit gehabt, wahrzunehmen, in welchem Mißverhältnis diese Epitheta zu der Stellung stehen, welche Masaryk in der gesamten Führung des Staates gegenüber seinem Volke eingenommen ist. Daran hat man sich gewöhnt, daß sein Namen und seine menschlichen, gerechten Grundsätze wie eine Monstranz nur an hohen Fest- und Feiertagen gezeigt werden, möglichst von ferne, während an den vielen Werktagen die schönen Prinzipien des Präsidenten von den politischen

Hochpriestern sorgsam eingelampfert im Heiligenschein aufbewahrt werden, denn für die tägliche Praxis gelten andere und höchst entgegengesetzte Prinzipien. Was aber verblüffend wirkt — und wir glauben schon, die Koalitionsmacher könnten mit nichts mehr Verblüffung hervorbringen — das ist die geschäftsmäßige Erledigung von Masaryks Nachfolge. Betrübte Leidtragende, die sich, ehe noch das Grab geschlossen, um die Erbschaft streiten, — ist das nicht ein Bild, das bei allen kultivierten Menschen Abscheu und Verachtung weckt? Doch was ist das gegen die Verehrer Masaryks, die sich sachlich und ruhig schon lange vor seinem Tode zusammensetzten und seinen Nachfolger bestimmten. So nebenbei: der Präsident wird nach der Verfassung in gemeinsamer Sitzung von den beiden Kammern des Parlaments gewählt. Welche Torheit, das zu glauben! Jahre schon vorher haben die Koalitionsparteien ausgeknopelt, wer von ihnen Präsident werden soll! Daß der Präsident, um den sich die Patrioten in Ehrfurcht zerfransen, noch lebt, was verschlägt! Sie haben das Geschäft schon abgeschlossen und vorgezogen. Die „zurecht bestehende Vereinbarung“ erhebt Herrn Svehla auf den Präsidentenstuhl. Der Präsident selbst hat zwar zu Dr. Benes geraten, aber „kurz nachher“ haben die Koalitionsparteien die durch schweigende Zustimmung getroffene Vereinbarung umgestoßen — sie hatten es eilig! — und sich für Svehla als Nachfolger für den noch lebenden Masaryk entschieden.

Das Ganze ist ein entzückender Ausschnitt aus der Häuslichkeit der Koalition, ein Bild ihres Charakters, ihrer Methoden und Moral. Und das sind die Menschen, die uns regieren! Man braucht von unserer Kultur und Politik nichts zu wissen, als diese Geschichte „Wie man Präsident wird“ und man weiß alles, wie es um diese Kultur und Politik steht

Pašičić und Raditsch.

Von Hermann Wendel.

Nachdem die letzten Wochen die Belgrader Luft durch den Kloakengeruch von allerhand Korruptionsgeschichten in den regierenden Kreisen verpestet war, hat am Ostermontag der Rücktritt des Kabinetts Pašičić eine voraussichtlich zähe und langwierige Regierungskrise — die wievielte in Südslawien! — eröffnet.

Als der Herbst 1918 die Entschlingung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen sah, wurde der neue Staat auch von der Sozialdemokratie im slawischen Süden als gewaltiger historischer Fortschritt anerkannt. Eine tiefer gehende Revolution vollzog sich hier als 1871 bei der Gründung des Deutschen Reiches, denn Millionen von Südslawen wurden des Jochs der türkischen, magyarischen oder österreichischen Fremdherrschaft ledig. Millionen aus gebürtlichen Hinterlassenen eines mittelalterlichen Feudalismus zu freien Bauern, Millionen aus fast rechtlosen Untertanen zu Ausübern des allgemeinen und gleichen Stimmrechts. Wenn freilich die Bulgaren, der vierte südslawische Stamm, draußen blieben und so der südslawischen Einheit die letzte Abrundung fehlte, so lag die Schuld daran, daß die Revolution der südslawischen Massen nicht allein zum Ziel durchstieß, sondern der Imperialismus der Entente den Geburtsfehler ihres nationalen Zusammenschlusses spielte. Auch machten sich sehr bald die wirtschaftlichen und sozialen Unbildden, unter denen als Nachkriegsfolgen der junge Staat schwer litt, in politischen Erschütterungen Luft. Trotz Bildung der Kommunisten, der durch die Moskauer Ballanpropaganda eifrig geschürt, in dem industriearmen Agrarland wie ein Präventivbrand um sich griff, keine wirkliche Gefahr, denn er haßte nur an der Oberfläche; als er die Machthaber durch törichte Attentate und anderen „revolutionären“ Unfug herausgefordert hatte, genügte ein Ausnahmegericht, um ihn in sein Nichts zurückzuführen.

Weit ernster gefährdeten die Stammesgegenstände die gedeihliche Entwicklung des Landes. Wie Preußen und Bayern sind Serben und Kroaten ein Volk mit einer Sprache, aber es scheidet sie Glaube, Schrift und geschichtliche Ueberlieferung. Das Wesen der Serben bestimmten fünfzehnhundert Jahre Osmanendruck, das der Kroaten fünfzehnhundert Jahre Habsburgerherrschaft. Obwohl der südslawische Einheitsgedanke nicht von heute oder gestern stammt, ist bei beiden Stämmen nur ein Teil der Bildungsschicht von ihm wirklich durchdrungen. Daneben stehen, wie in Deutschland nach 1871 noch lange, Schwarzweißrot ablehnend, die Stadtproleten bei Schwarzweiß und die Stadtbauern bei Blauweiß verharrten, Großserben und Großkroaten den neuen Tatsachen befremdet gegenüber. Ähnlich wie in Deutschland die freche und dumme Demagogie: In der Republik geht schlechter als unter dem Kaiserreich, also ist die Republik an allem Uebel schuld! dem urteillosen Spießbürger leicht eingeht, versängt bei vielen Kroaten, zumal die neue Verwaltung alles andere als ideal ist, die Lösung: Seit der Vereinigung mit den Serben spüren wir allerhand Beschwerden; also liegt es an der engen Verknüpfung mit den Serben! Dieser falsche Schluß ist das Hauptjüngmittel in der föderalistisch oder autonomistisch betonten Bewegung der Kroaten gegen die Verfassung des zentralistischen Einheitsstaates, die vor allem die Serben 1920 im Parlament durchzubrüden wußten.

Die sachlichen Gegensätze gewinnen Fleisch und Blut in zwei politischen Führern. Auf der einen Seite der Serbe Nikola Pašičić, der mehr als Achtzigjährige, der, ursprünglich Anhänger Balunin's, die Entwicklung seiner Radikalen von einer revolutionären Partei des Kleinbauernums zu einer reaktionären Schutztruppe des Großbürgertums getreulich mitgemacht hat, ein geriebener Meister in den Methoden halborientalischer Diplomatie, ein geborener Opportunist, der, das Ziel nie aus den Augen lassend, keinen langen Part streicht, schweigt und abwartet. Auf der anderen Seite der Kroate Stepan Raditsch, ein politischer Verwandlungskünstler von seltener Elastizität, der alles war und ist: kriegsbegeistert und Pazifist, Monarchist und Republikaner, Schwärmer für die südslawische Einheit und Vergötterer des Nurkroatenums, aber einem ist der ewig Nebselige und Uebersprudelnde in allen oft sprunghaften Aenderungen seines Lebens treu geblieben: dem Bauern. Das kroatische Landvolk, das von den anderen politischen Parteien als „rohe und unbewegliche Masse“ links liegen gelassen wurde, hat er als erster vor einem Vierteljahrhundert aufgerüttelt, und aus dieser Quelle strömte ihm seine Kraft, als das Jahr 1918 das allgemeine Wahlrecht brachte. Die Bauern hielten zu ihm, als er die Lösung der „friedliebenden, von Menschlichkeit erfüllten kroatischen Bauernrepublik“ auf seine Fahne schrieb, die Rechtsgültigkeit des südslawischen Staates und seiner Verfassung leugnete und zum Zeichen dessen mit seinen Angehörigen, der zweitstärksten Gruppe unter den Parteien, durch Jahr und Tag dem Belgrader Parlament fernblieb.

Aber die innere Haltlosigkeit seiner großspürigen Demonstrationspolitik erwies sich, als die Regierung ihn vor den letzten Stupschina-Wahlen als angeblichen Hochverräter hinter Schloß und Riegel setzte und seine Partei mit dem Mittel des Terrors einschüchtern unternahm. Da erschienen, fast genau vor Jahresfrist, die Vertreter der kroatischen Bauernpartei, plötzlich im Parlament und warfen leichsinnig

allen republikanischen, antimilitaristischen und kroatisch staatsrechtlichen Ballast über Bord, um sich mit den Radikalen Pašičić's, der stärksten Partei, zu einer Regierungslokalität zusammenzuschließen. Daß so das Kriegsbeil zwischen Serben und Kroaten begraben wurde, war ein historisch bedeutsames Ereignis. Aber auch mit dem Kabinett Pašičić-Raditsch hatte das südslawische Staatsschiff keine glatte Fahrt; denn im Grunde war das Abkommen nicht zwischen den beiden Stämmen, sondern zwischen zwei Parteien abgeschlossen, von denen jede dabei nach ihrem Vorteil haschte. Wahrscheinlich kam es Pašičić darauf an, sich möglichst lange als Ministerpräsident an der Macht zu halten, während Raditsch daraus ausging, sich für Neuwahlen eine feste Position zu schaffen. So war, nicht zuletzt durch das an den letzten Wilhelm erinnernde Redebemühen des Führers der kroatischen Bauernpartei die kurze Regierungszeit des Kabinetts Pašičić-Raditsch eine einzige Aette von Mißbilligkeiten, und zum Bruch kam es jetzt über der verhältnismäßig untergeordneten Frage, ob die Stupschina bis Mitte Mai, wie Pašičić,

ob nur bis 8. April, wie Raditsch wollte, zu vertagen sei.

Daß objektive Gründe wie das wirtschaftliche Zusammenwachsen der einzelnen Landesteile die Verständigung zwischen Serben und Kroaten verflammern halfen, zeigt Raditsch's beflissene Erklärung, es handele sich nur um eine Krise der Regierung, nicht der Koalition. Sein allerdings unerreichbares Ziel ist wohl eine Regierung der bisherigen Mehrheit obere Pašičić. Aber selbst wenn die Koalition zerbrechen sollte, vermag der Stammeskampf, nie mehr in der Wildheit aufzulodern wie in den ersten sechs Jahren des jungen Staates. Daß mit der Teilnahme an Parlament und Regierung die größte Partei der Kroaten die südslawische Einheit anerkannt hat, läßt sich durch keine Ministerdenkmission rückgängig machen. Darum werden die imperialistischen Gegner Südslawiens in Budapest und Rom vergebens über die jüngsten Ereignisse frohlocken; auch Deutschland und erst recht Italien erfahren nach ihrer nationalen Einigung manchen Rückschlag von einem in der Vergangenheit murgelnden Sondernum, ohne daß ihre Einheit aus den Fugen gegangen wäre.

Das „Volksopfer“.

Ein deutschnationaler Riesenskandal im Reich. — Die Stützen der Gesellschaft als Defraudanten. — 125.000 Mark (1.000.000 Kč) veruntrent.

Deutschland lebt gegenwärtig immer noch in einer Zeit der politischen Standsprozesse, die als Folge der Inflationszeit und des Ueberganges riesiger Sachwerte an die deutsche Unternehmerschaft mit einer Hartnäckigkeit ohnegleichen gegen die Republik und deren Repräsentanten eingeleitet worden sind. Erfreulicherweise hat sich die in erster Linie gegen die Arbeiterschaft gerichtete Waffe des politischen Prozesses in verschiedenen Fällen gegen die Urheber der „Korruptions-Kampagne“ gewehrt. Assessor Kuhnmann und Hauptmann Knoll, die mit ihrem schmutzigen Feldzug gegen die republikanischen Parteien selbst vor einer Verdächtigung des verstorbenen Reichspräsidenten nicht zurückgeschreckt sind, mußten nunmehr vor dem Berliner Landgericht I einen sehr wenig ehrenvollen Rückzug antreten und bekennen, daß sie die Untersuchungsbehörden wie Schulbuben belogen haben.

Auch der sogenannte „Volksopfer-Prozess“ in Dresden hat sich gegen die Drahtzieher dieser Organisation gewehrt. Als im Winter 1923-24 die „Reichsrevolution“ gegen die sächsische republikanische Regierung durchgeführt worden war, hielt es die um den militärischen Leiter des Unternehmens, den General Müller, und um den „Zivilkommissar“ Reichsminister a. D. Dr. Heintze, sich sammelnde Gruppe von Offizieren und Industriellen für notwendig, der „zur Raision gebrachten“ sächsischen Arbeiterbevölkerung neben den Feldanonen der „Besatzungsarmee“ auch die milde Hand der zahlreichen „Stadtkommandanten“ zu zeigen. Deshalb ließ man die Feldklüben durch die Strophen der sächsischen Städte fahren und alte Kleider, Lebensmittel und Bargeld für die Büchsen des sogenannten „Volksopfers“ sammeln.

Eine Unterstellung dieser „Wohltätigkeitsstiftung“ unter die Landesregierung wurde abgelehnt und das „Wohltätigkeitswerk“ zwei besonders ausgeuchten „Vertrauensleuten“ der „Vaterländischen“, dem Syndikus Dr. Meißner und dem „Hauptmann“ Vöfler übertragen. Ihre Beurteilung zu mehrjährigen Gefängnisstrafen wegen Veruntreuung des größten Teils der gespendeten Gelder hat das größte Aufsehen erregt. Kein Wunder, nachdem das Gericht es für nötig gehalten hatte, in der Urteilsbegründung zu erklären, daß wohl selten Gelder, die für die Kernsten der Armen bestimmt waren, von Leuten, die sich rühmten, den „besten Gesellschaftskreisen“ anzugehören, in so schamloser Weise vergeudet worden sind.

Der Hauptbelaßter Dr. Meißner war in Sachsen ein großer Mann. Er träumte von einer großen politischen Karriere und spendete einwilligen beträchtliche Summen an Werwolf und Stahlhelm und an seinen „Nationalen Klub“, der unter dem Protektorat des rühmlichst bekannten Reichsjustizministers und „Reichskommissars gegen Sachsen“ Dr. Heintze stand. Ueber 100.000 Mark wurden auf diese Weise veruntrent. Sein Adjutant war der „Hauptmann“ Vöfler, der sowohl bei den Unterschlagungen seines Chefs wie bei der Vergeubung der Sammelgelder seinen Mann stellte und auch seine eigenen Interessen nicht vergaß. Tagelöhne und ehrlose Befehlen, die vor solchen Handlungen nicht zurückschrecken, hat es zu allen Zeiten und bei allen Parteien gegeben. Das Charakteristische dieses Volksopfer-Standals aber ist das Verhalten der Kreise, mit denen Meißner und Vöfler in engster gesellschaftlicher und geschäftlicher Verbindung standen. Man läßt die beiden Defraudanten noch einige Monate frei schalten und walten, da man die Blamage der „Vaterländischen Verbände“ fürchtete und — mit Recht oder Unrecht — als „Wonnegeheul“ der Linksparteien über die Korruption in vaterländischen Kreisen schaut. Es ist ein offenes Geheimnis, daß selbst der Wehrkreiscommandant, General Müller, von den Unterschlagungen gewußt hat und nicht daran dachte, die beiden Schädlinge dem Gericht zu überliefern. „Es sollte kein Barmat-Standal entstehen“, sagte der Führer der „Vereinigten Vaterländischen Verbände in Sachsen“, General Hammer. Er, sowohl wie General Müller, haben

ihren Einfluß auf die Finanzleute des „Volksopfer“ im Sinne einer „Unterdrückung der Sache“ ausgeübt. Man wollte sogar das Schweigen aller Angestellten des Volksopfer erlangen und die beiden Geschäftsführer ins Ausland verschicken.

So klüglich wie der ganze Tatbestand der Affäre war auch die Rolle, die die beiden Geschäftsführer des „Volksopfer“ vor dem Gericht spielten. Die Herren, die sich als wirkliche und vermeintliche Offiziere so gern in der Rolle des Landsknechts aufspielten, verloren vor dem Dresdner Gericht die letzten Lappen ihrer Heldenhaftigkeit. Nach Eröffnung der Hauptverhandlung wurden die Angeklagten zur Person vernommen. Der sich als Syndikus bezeichnende Dr. Meißner ist 1887 als Kaufmannsohn in Hamburg geboren und seit 1910 verheiratet. Er gab eine Schilderung seines Lebenslaufes, die ziemlich selbstgefällig klang. Meißner veräumte nicht, auch auf seine enorme Finanzspruchnahme auf dem Gebiete der „nationalen Tätigkeit“ hinzuweisen. Zwar hat er den Krieg als einfacher Freiwilliger nur ein kleines Weichen mitgemacht, aber nach dem Kriege ging er dafür zusammen mit dem jetzigen Mitangeklagten Vöfler an die Organisation eines „bürgerlichen Ordnungsdienstes“, was den beiden dann eine allerdings wirkungslos gebliebene Anlage wegen Bildung bewaffneter Haufen eintrug. Dank seiner „nationalen“ Tätigkeit wurde Meißner mit dem Amt eines Schachmeisters beim Nationalen Klub betraut, und endlich wurde ihm auch die ehrenamtliche Leitung des von der Erzellenz Müller, dem Wehrkreiscommandant, begünstigten Sächsischen Volksopfers übertragen, wo dann auch Vöfler sein Plätzchen als Stütze oder Sekretär, nach anderer Meinung als Geschäftsführer, gefunden hat. Der Vorsitzende des Gerichts interessierte sich noch für den Umstand, daß sich Meißner gelegentlich als Rittmeister bezeichnen hatte. Der Richter fand es augenscheinlich seltsam, wie jemand, der so gut wie keine militärische Ausbildung genossen und auch keine Charge erreichte, auf einmal Kavallerieoffizier geworden sein könnte. Doch Meißner war gar nicht Offizier. Er meinte aber, daß er Offizier hätte werden können, wenn die Revolution nicht gekommen wäre! Es sei ein eigenartiges Gefühl, wenn man wisse, daß man es hätte werden können. Eine hochgestellte nationale Person habe ihm den Rittmeister in Aussicht gestellt gehabt. Der Vorsitzende fragte auch vergeblich nach der Berechtigung zum Tragen eines Ordens, mit dem sich Meißner gezeigt hat.

Der zweite Angeklagte, Hauptmann a. D. (nicht Major a. D.) Vöfler, ist 1889 in Leipzig als Sohn eines Oberzoltrates geboren und seit 1920 verheiratet. Er war im Feld und ist mehrfach verwundet gewesen, hat nach dem Krieg in Oberschlesien gewirkt, ist dann im Versicherungswesen tätig gewesen und schließlich in Dresden mit Meißner zusammengetroffen, dessen Geschäftsführer im „Volksopfer“ er wurde. Den Titel Major führte er zu Unrecht. Er will ihn auf Grund einer Zeitungsnotiz angenommen haben, die jedoch keine amtliche Bestätigung gefunden hat. Ihre früheren Monatsbezüge gaben Meißner und Vöfler mit je über 1000 Mk. an. Vöfler bezieht eine Militärpension von 192 Mark.

Die Vernehmung der Angeklagten galt vorerst ihrer Tätigkeit im „Volksopfer“ im allgemeinen, dann der Sache selbst und erstreckte sich bis in die Abendstunden. Eingeleitet wurde sie durch eine Ermahnung des Vorsitzenden, der Wahrheit die Ehre zu geben und nicht wie bisher die Schuld sich gegenseitig zuzuschreiben. Die Ermahnung hat nicht viel genutzt, und das gebotene Schauspiel war nicht eben ein würdiges. Die Erörterung über die Gründung des Volksopfers ergab, daß das Unternehmen zuerst im Hause des Nationalen Klubs, in dem auch Vöfler als Geschäftsführer des Klubs wohnte, untergebracht war. Bezüglich der Organisation des „Volksopfers“ gab Meißner an, daß es

keine festen Bestimmungen über die Verteilung der Sammlungserträge gegeben habe.

Als die Spenden der Industrie im Jahre 1924 nur noch spärlich flossen, veranstaltete man, um den Zufluß wieder zu verstärken, verschiedene Festsitzungen, die jedoch mit einer Ausnahme als Fiasco anzusehen waren. Zu den Veranstaltungen zählte eine Lotterie, deren Lose den gar nicht bereitgestellten Namen des Direktors Lehnig, Vorstandsmitglied im „Volksopfer“, aufwies. Da die Lotterie mangels Losverkaufes abgeblieben werden mußte, blieben an Firmen, die für die Beförderung von Gewinnen in Aussicht genommen waren, erhebliche Abstandssummen zu zahlen.

Selbst rührt auch die Stellung dieser Persönlichkeiten zu amtlichen Stellen, insbesondere zur Reichswehr und zum sächsischen Wohlfahrtsministerium. Major Uth, den die sächsische Arbeiterschaft in besonders freundlicher Erinnerung hat und der inzwischen vom Wehrkreiscommando IV in das Reichswehrministerium berufen worden ist, hat dem Angeklagten Meißner einen herzlichen Dankbrief übermittelt für „Orientierungsberichte“ und die „treue Arbeit“, die er dem Wehrkreiscommando IV geleistet habe! Major Uth war 1923 einer von den Hauptpersonen die dem General Müller einbliesen, was gegen die Arbeiterschaft getan werden mußte. Dieser Major Uth schickte also dem gemeinen Stroh Meißner ein herzliches Dankschreiben für Orientierungsberichte. Wahrscheinlich sind 1923 die militärischen Maßnahmen gegen die Arbeiter mit auf diese Berichte des Obergauers Meißner gestützt worden!

Das sind die Stützen der Gesellschaft, die 1923 in Sachsen Ordnung schufen, die Arbeiter dühendweise niederknieten und in gemischter Weise terrorisieren!

Der dritte Angeklagte Gründel belastete Meißner sehr stark. Dieser soll, als die Entdeckung drohte, den Grundel zu bestimmen versucht haben, die Belege über gegebene Darlehen zu vernichten. Grundel aber gab die Sachen an Vöfler, bei dem dann Meißner eine Haus-suchung vornehmen ließ. Im Zusammenhang damit stand ein Brief, den die Kontoristin Fel. Bangguth auf Veranlassung des Meißner an Vöfler schrieb. Die Urrede lautet: „Dieber Volk!“ und der Brief empfahl dem Empfänger, in nächster Zeit krank zu werden und „alle verräterischen Sachen zu vernichten“. Grundel hat an Meißner wiederholt große Geldsummen ausgehändigt, nie aber Quittungen darüber erhalten. Drängte Grundel auf eine solche, dann erklärte Meißner bedeutend, er sei der Hauptgeschäftsführer!

Einmal soll Meißner dem Buchhalter gedroht haben, daß er ihn erlösen lassen werde für den Fall, daß er, Gründel, etwas an die Defektivität bringe! Der Bedrohte hat einen Femeck befürchtet und ist aus Furcht drei Nächte lang außerhalb seiner Wohnung geblieben!

Der Vorsitzende fragte Meißner, ob sich Grundel etwa seine Darstellung aus den Fingern saugen würde. Meißner erwiderte: „Allerdings!“ Auch bezüglich Vöflers soll Meißner gefagt haben, daß er verschwinden müsse. Kurz vor der Entdeckung hat wohl ein Brand im Bureau inquisiert werden sollen.

Vier Tage dauerte die Beweisaufnahme, die grauenhafte Bilder moralischer Verkommenheit und ehler Schwarz-weiß-roter Gesinnung aufdeckte. Ein wüster Betrieb muß auf der Hauptgeschäftsstelle des Sächsischen Volksopfers in Dresden geherrscht haben. Bücher wurden zwar geführt, aber so, daß kein Mensch sich zurechtfinden konnte. Meißner schaltete als Diktator; er machte die Kontoristin zu seiner Maitresse, fuhr auf Kosten des Volksopfers mit seiner Familie zur Erholung in die Schweiz und spielte überall den großen Mann, der bei den „Vaterländischen“ ob seiner freien Hand und seiner unantastbaren antirepublikanischen Gesinnung beliebt und geachtet war. Die Großzügigkeit kostete ihm ja nichts, denn er bestritt alles aus der Kasse des Volksopfers. Nur eine kurze Ausstellung der von ihm verschonten oder ohne jede Sicherheit vertriehenen Gelder:

Nationaler Klub	27.000 Mk.
Vaterländische Filmstelle	1.200 Mk.
Jungdeutscher Orden	3.000 Mk.
Viga zum Schutze der Deutschen Kultur	500 Mk.
Werwolf	3.500 Mk.
Stahlhelm	300 Mk.
Gochschulring Deutscher Art	700 Mk.
Fabrikbesitzer Dr. Wildgrube (früher, deutsch. Reichstagsabg.) zur Finanzierung des Hinkemannsbandes	450 Mk.
Hörer der Technischen Hochschule Dr. Schurich (Neuer Sächsischer Lehrerverein)	200 Mk.
Chemiker Dr. Clemens	1.500 Mk.
Frauenarzt Dr. Underdörfer	2.500 Mk.

Das sind natürlich nur Teibeträge, die sich beliebig ergänzen lassen. So spendete Herr Dr. Meißner, der Vertrauensmann des Generals Müller, seinen schwarz-weiß-roten Freunden gegenüber war, so nobel zeigte er sich auch in seinem persönlichen Auftreten. Die Erholungstour nach Davos kostete dem Volksopfer die nette Summe von 6500 Mk. „Kleinere“ Beträge, einmal 6000 Mk., einmal (mit Vöfler zusammen) rund 10.000 Mk. usw., wurden ohne Skrupeln der Kasse entnommen. Wenn einmal nicht genug Geld vorhanden war, nahmen die großen Patrioten „im Auftrage des Volksopfers“

Tagesneuigkeiten.

Ein monströses Fest des tschechischen Nationalismus.

Für die Tage vom 4. bis zum 6. Juli kann sich Prag auf einen Rummel gefasst machen, der alles, was bisher selbst in dieser an Aufzügen und Aufmachungen wahrlich nicht armen Stadt geleistet wurde, in den Schatten stellen wird. Die Sokolen kommen! Ihre Vorreiter sprengen jetzt schon, ein Vierteljahr vor dem Kongress, mit aller Vehemenz durch die Presse und wirbeln ganze Säulen von Staub auf. Ist übrigens nicht verwunderlich: denn ein Fest, das, wie wir jüngst verzeichneten, acht und achtzig Millionen kosten wird, erfordert schon allein aus diesem Grunde, daß man gehöriges Wesen damit macht! Ein guter Teil dieses ungeheuren Vermögens, das da für die nationale oder sagen wir doch richtig für die all-nationalistische tschechische Sache in die Luft geworfen wird, stammt aus öffentlichen Geldern, aus Subventionen des Staates und der Gemeinde Prag. Aber die Mehrzahl der Millionen bringt wohl der Sokolverband selber auf. Und da ist es umso empörender, daß eine Körperschaft, die über solches Vermögen verfügt und es in Riesenfeste hineinstecken kann, vom Staate noch Millionengelder erhält, von demselben Staate, der dem Arbeiter den letzten Kreuzer für Steuerzettel aus der Tasche pressen will, der für soziale Fürsorge kein Geld hat und der für Notstandsgebiete, natürlich besonders für deutsche, keinen Heller übrig hat.

500.000 Besucher, also eine halbe Million, will man zu diesem Kongress auf die Beine bringen, 120.000 Sokolen sollen in den Prager Schulen untergebracht werden, was allein zweieinhalb Millionen kosten wird. Die Ausgaben eines turnenden Sokols werden auf 335 Kronen geschätzt; da ihrer etwa 30.000 sein sollen, werden diese Sokolturner allein für sich privat etwa zehn Millionen Kronen ausgeben. Aufmarschieren und üben werden die Sokolen auf einem 66.000 Quadratmeter großen Terrain, das der Staat dem Sokolverband für 90 Jahre zur Verfügung gestellt hat. Wir wollen sehen, ob der tschechische Staat ebenso generös wäre, wenn es sich darum handelte, diesen Grund und Boden herzugeben, damit darauf Häuser errichtet werden mögen!

Wir gönnen der tschechischen Nation gewiß, daß sie sich in Festen und Kongressen nach Herzenslust auslebe. Aber es unterliegt eben keinem Zweifel, daß dieses Sokolfest in der Hauptsache doch wieder nur eine nationalitische Demonstration sein wird. Wir kennen zur Genüge die demonstrativen Fahrten der Sokolen ins deutsche Gebiet, um uns keiner Täuschung über das Wesen des Sokolismus und auch über die Hauptaufgaben dieses monströsen Festes im Juli hinzugeben.

Die Bestechungsaffäre im Brüner Montursdepot.

Brünn, 9. April. Der heutige Verhandlungstag brachte die Verlesung zahlreicher Protokolle und das Verhör weiterer Zeugen, nämlich jener Lieferanten, die selbst vor ihrer Aburteilung stehen, so daß ihre Aussagen stark den Charakter von Verteidigungsreden hatten. Einige zogen es vor, überhaupt nicht zu erscheinen: so weist einer „aus Gesundheitsrücksichten“ in Italien, der andere hat Angina. . . Von Bestechungsgeldern wußte natürlich keiner von ihnen etwas, nur einzelne konnten sich an „Provisionen“, die sie Strebingen gegeben hätten, erinnern. Fast jeder der Zeugen — unter anderen wurden einvernommen die Fabrikanten Bauer aus Deutschbrod, Wurmfeld aus Neu-Whitz, Münd aus Triebitz und Elger aus Reichenberg — geriet mit Strebingen in heftige Kontroversen, da sie alle ablenkten, ihm Gelder zur Bestechung des Hegeis gegeben zu haben. Neben Münd war es insbesondere der Reichenberger deutsch-nationale Stadiverordnete Elger, der allen entgegenlautenden Aussagen zum Trotz wiederholt seine Unschuld beteuerte.

Der „Tag“ des Gedenkens. Seit dem die deutschen Nationalsozialisten mit Agrariern, Merikalen und Gewerbetreibenden eine aktivistische Koalition eingegangen sind, fällt es ihnen noch schwerer als bisher, jemandem einzureden, daß sie die besonderen Schätze der deutschen Nation, Tradition und Ehre in allen Belangen seien. Um aber doch irgendwie nachzuweisen, wie fest sie und nur sie an den Brästen des deutschen Volkes sitzen, verfallen diese Nationalsozialisten jetzt auf die kuriossten Dinge, wovon folgender, in der letzten Nummer des „Tag“ groß aufgemachter Schlagzeugzeugnis ablegt:

14. April 1926.

14. April 1926.

Vor 500 Jahren

machten die Hussiten bei Austerlitz 15.000 Deutsche nieder. Daher sollte der 14. April 1926 ein Trauertag der deutschen Stadt Austerlitz sein, an dem Spiel und Tanz gemieden wird. Alle öffentlichen Veranstaltungen wie Vorträge, Theater usw. sind verpflichtet, dem Ernste des Gedentages Rechnung zu tragen.

Also fünfhundert Jahre muß der „Tag“ zurückweisen, um den Nachweis zu erbringen, wie gut es die Salentkrieger mit der deutschen Nation meinen und die 15.000 gefallenen Deutschen aus der Hussitenzeit (die Zahl ist wohl höchst nach oben abgerundet), müssen aus den Gräbern aufmarschieren, um — na um den deutschen Nationalismus neu zu entscheiden. Die Theater und

Große Petroleumbrände in Amerika.

Riesentanks in Flammen. — Hunderte von Millionen \$ Schaden.

London, 9. April. Aus Amerika werden Petroleumbrände gemeldet, die an Umfang die größten sind, die seit Bestehen der Petroleumindustrie vorgekommen sind. Mittwoch ist durch Blitzschlag ein großer unterirdischer Tank in San Louis in Kalifornien explodiert und ein großer Nachbartank in Brand geraten. Bei dieser Explosion sind zwei Personen getötet und eine Frau schwer verletzt worden, während Häuser beschädigt und alle Fenster Scheiben in der Umgebung eingeschlagen wurden. Der Brand des zweiten großen Tanks konnte trotz des heldenmütigen Kampfes der Arbeiter nicht isoliert werden. Erdwälle, die zum Teil durch Dampfplüge aufgeworfen wurden, blieben wirkungslos und das brennende Petroleum ergoß sich über alle künstlichen Hindernisse hinweg in 19 offene Schwerkölzlerbohrer, die in der Nähe des Tanks gelegen waren. Diese brennen jetzt aus und bilden eine einheitliche Flammeoberfläche von einer Quadratmeile. Die 30 Meter hohen Flammen sind 50 Meilen im Umkreise sichtbar und die Hitze ist so groß, daß man nicht näher als 150 Meter an das Flammengebiet herangehen kann. Die in

Rimos sollen zusperrern, damit der Kampf des „Tag“ gegen — die Hussiten gehörig zum Ausdruck komme. Vor 500 Jahren — das kann der „Tag“ nicht vergessen. Leichter schon vergißt er auf den Kampf in der Gegenwart und treibt lieber aktivistische Politik mit den anderen Bürgerparteien, die jederseitig mit einem Stuhlpöbel mit den Bestimmung- und Standesgenossen auf der anderen Seite bereit sind. Die Toten vom April 1926 sind da eine ganz brauchbare Ablenkungsmöglichkeit und zur nationalitischen Seite, nicht zum nationalen Kampf, wie geschaffen.

Einer, der 5000 Kronen täglich verdient. Seit langem klagt das Bankgewerbe über schlechten Geschäftsgang; je beweglicher die Klagen der Direktoren werden, desto mehr muß die Öffentlichkeit, und besonders die Arbeiterschaft, diesen Unternehmern ihr Augenmerk zuwenden, denn es bedeutet nie etwas Gutes, wenn der Unternehmer über „Geschäftskrisen“ klagt. Im Bankgewerbe ist es heute tatsächlich so, daß die Klagen über schlechten Geschäftsgang nur einen Vorwand zu einer neuen Attacke gegen die Beamenschaft bieten. Man verweist auf die schlechte Wirtschaftslage und baut Beamte ab, oder verhindert sie durch Machinationen am Avancement, wie das in der böhmischen Industriabank geschah, und „erspart“ so ein paar tausend Kronen jährlich. Wie groß die „Ersparnisse“ sind, sei hier nur an einem Beispiel aus der böhmischen Industriabank demonstriert. Man hat dort einen Beamten, der 33 Jahre angestellt ist, schlecht qualifiziert; er konnte daher im Gehalt nicht vorrücken; erspart hat man 400 Kronen jährlich. Dort aber, wo wirklich große Beträge erspart werden können, nämlich an dem Einkommen der Direktoren, dort darf nicht abgebaut werden; Direktoren sind eben unantastbar. Und die Gehälter der Direktoren sind wahrhaftig nicht allzu bescheiden zu nennen. Um ein kleines Beispiel zu nennen, wird das Einkommen des Direktors der böhmischen Escomptobank, Reichensfeld, auf 5000 K täglich, sage und schreibe: fünftausend tschechoslowakische Kronen täglich, geschätzt; dabei soll diese Schätzung eher zu niedrig, als zu hoch sein. Sein fester Gehalt ist freilich geringer; aber so ein Herr ist auf einen fixen Gehalt nicht angewiesen: seine Haupteinnahmequelle ist das sogenannte „Nebenkommen“, wie Provisionen, Tantiemen usw. Ist es zu verwundern, wenn so ein Bourgeois nicht weiß, wie er das viele Geld ausgeben soll? So hat der gute Mann für ein „Kavalier“, wenn er sich ein Paar Bata-Schuhe kaufen kann und erkennt gar nicht, daß aus seiner und der Industrieproletarier Arbeit die ungeheuren Gewinne der Bankmagnaten fließen, die Quelle all' der Verschwendungssucht und des Luxus.

Der ehemalige Reichsratsabgeordnete d'Elvert gestorben. In Wien ist vorgestern der ehemalige Vertreter der Stadt Brünn im österreichischen Abgeordnetenhaus, Heinrich d'Elvert, im Alter von 73 Jahren gestorben. Von Beruf Richter, wurde d'Elvert 1895 in die Brünnener Gemeindevertretung, 1896 in den mährischen Landtag, 1897 in den Reichsrat gewählt und nahm unter den Abgeordneten der ehemaligen Deutschen Fortschrittspartei eine führende Stellung ein. Halb-schlächting wie der Charakter der Partei, war auch d'Elverts Wirken. Der Liberalismus des Bürgermeisters war um die Wende des Jahrhunderts kraslos geworden, die Furcht vor der Arbeiterschaft trieb die Liberalen in die Arme der Bürokratie, die Angst vor dem kleinbürgerlichen Nationalismus zeigte sich darin, daß sie die tönenden Phrasen der Deutschradikalen sich zu eigen machten. Vor der Krise des österreichischen Völkerrates verflochten die Fortschrittlichen ebenso die Augen wie das gesamte deutsche Bürgertum, sie vermeinten die übrigen Nationen im Schatten des Thrones in alle Ewigkeit beherrschen zu können. Ein einzigesmal hat sich d'Elvert aufgerafft und einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in den mährischen Landtag gestellt,

Brand befindlichen oder explodierten Oelbehälter in San Louis umfassen rund drei Viertel Millionen Fässer. Der Schaden beträgt über 300 Millionen K.

Gestern abend sind gleichfalls, wie behauptet wird, durch Blitzschlag zwei große Tanks derselben Union Petroleum-Gesellschaft Annahem in Kalifornien in Brand geraten und brennen jetzt mit riesiger Flammenentwicklung aus.

Im Hafen von New Orleans erfolgte gestern eine Explosion an Bord eines der großen Tanker der Standard Oil Co., bei der 47 Mann der Besatzung schwer verwundet wurden, von denen fünf Mann ihren Verletzungen erliegen sind.

Die merkwürdige Gleichzeitigkeit dieser großen Katastrophen und die offenbar unter Einwirkung der örtlichen Polizeibehörden erfolgte Zensurierung der ersten Meldungen läßt darauf schließen, daß man in sämtlichen amerikanischen Kreisen nicht geneigt ist, die Blitzschlag-Theorie ohne weiteres als zutreffend anzunehmen, sondern gleichzeitige Brandstiftung für möglich hält.

wirklich gekämpft hat er für das gleiche Recht, das eine Erschütterung des bürgerlichen Liberalismus mit sich bringen mußte, nicht. Nach den Umsturz ist er — wie Wolf, Pacher, Langenhan und viele andere in Wien geblieben, statt manhaft zu seinen Wählern und seiner Heimat zu ziehen. Dadurch, daß d'Elvert und die anderen es nicht mehr wagten, um das Vertrauen ihrer Wähler zu werben, haben sie den Zusammenbruch ihrer Politik zugegeben.

Wieder einer. Gegen den Kaplan Thomas Rauscher in Malsching, der bereits unter Klausur gestellt ist, läuft ein Verfahren, weil er beschuldigt wird, Mädchen der ersten Volksschulklasse unter die Röcke gegriffen zu haben. Er fragte diese Kinder, warum sie keine Hosen anhaben. Nach seiner Aussage hatte er die Kinder nur bei den Hüften genommen und auf die Bank gestellt. Eine sonderbare Methode, welche noch sonderbarer wird, wenn man bedenkt, daß auch Knaben in dieser Klasse sind, bei denen der Kaplan die so fürsorgliche Methode nicht anwendete. Aufgekommen ist die Sache dadurch, daß die Kleinen untereinander den Kaplan nurmehr „Saubär“ nannten. Eine ganze Reihe von Eltern und Kindern ist bereits einvernommen worden.

Briefverschlußmarken des Bundes der deutschen Kriegsverletzten! Der Bund der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen der Tschechoslowakischen Republik mit dem Sitze in Reichenberg versendet gummierte Briefverschlußmarken, die er bei 100 Stück mit 15 K berechnet. Das Erträgnis aus dieser Aktion fließt der von ihm ins Leben gerufenen Sterbekasse zu, welche zur Linderung der ärgsten Not der heute noch unter den Nachwirkungen des Krieges leidenden Hinterbliebenen geschaffen wurde.

Auffklärung. „Siehst du, da drüben geht Herr Rudigast, Artur. Kennst mich seit Jahren als guten Kunden, und jedesmal, wenn er mich zu Gesicht bekommt, schneidet er mich.“ — „Wie kommt denn das?“ — „Gott, er ist doch mein Friseur!“

Hunger muß er! Der Hungerkünstler Harry Nelson, der seit dem 9. März im Leipziger Kristallpalast hungerte, ist gestern mit seinem Impressario wegen fortgesetzten Betruges verhaftet (!) worden. Es stellte sich heraus, daß Nelson von außen durch einen Gummischlauch mit Fleischbrühe und Bio-Malz ernährt wurde. — Ganz recht so! Wenn der behäbige Epischer schon eine Mark oder mehr dafür opfert, sich einen hungierenden armen Teufel von allen Seiten betrachten zu dürfen, dan muß er auch die Gewähr haben, daß dem Mann im Glasfassen wirklich nur so vor Hunger die Schwärzen trachen. Wo bliebe denn sonst das Vergnügen?

Anschläge gegen Eisenbahnzüge. Am 8. April wurde von ruchloser Hand bei Pasing in Bayern eine 200 Kilo schwere und 6 Meter lange Eisenbahnwaggon quer über das Gleise gelegt. Der um diese Zeit fällige Berliner Schnellzug entgleiste dabei glücklicher Weise nur mit der vorderen Lokomotive. Für die Ergreifung der Täter ist ein Besoldung von 2000 Mark ausgesetzt. — Gestern gegen Mitternacht entgleiste der auf der Strecke Lemberg-Petrovich verkehrende Schnellzug östlich von Kraslau. Opfer der Katastrophe sind drei schwer- und 24 leichtverletzte. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Katastrophe durch einen verdächtigsten Anschlag und zwar durch Ausschrauben der Schienen verursacht wurde. Die Polizei verhaftete in der Nähe der Unglücksfälle einen verdächtigen Mann, bei dem man einen Revolver und eine elektrische Blendlampe vorfand. Es besteht der Verdacht, daß der Anschlag von Banditen vorbereitet wurde, welche nach der Katastrophe die Unglücksoffer auszulündern beabsichtigten.

Der österreichische Ordenslegen der letzten Wochen hat immer noch kein Ende genommen. Dem scheidenden italienischen Konsuln in Wien ist inzwischen ebenfalls ein hoher österreichischer Orden ausshändig geworden.

Das Schnellbüro für Ehescheidungen im Staate Yucatan, vor dem man sich gegen Bezahlung von 800 Dollar in wenigen Tagen scheiden lassen konnte, ist durch eine Verfügung des Obersten Gerichtshofes von Mexiko lahmgelegt worden. Diese Entscheidung

Rundfunk für Alle!

Hauptversammlung des „Freien Rad Bundes“.

Am 16. Mai in Bodenbach.

Der Vorstand des „Freien Radiobundes“ beruft für Sonntag, den 16. Mai, 9 Uhr vormittags, nach Bodenbach, Volkshalle, die erste Hauptversammlung ein. Tagesordnung: Bericht des Geschäftsführers, Unser technisches Programm, Änderung der Statuten, Erwahlungen. — Gleichzeitig mit der Hauptversammlung findet, ebenfalls in der Bodenbacher Volkshalle, eine Radio-Aussstellung statt. — An der Hauptversammlung sind alle Mitglieder des „Freien Radiobundes“ teilnahmeberechtigt.

Prag, 11. Matinee; 17. Nachmittagskonzert; 18. Deutsche Sendung Konzertsänger Fr. Strauß; 20.02. 5. Auslandskonzert; 22. Zeitsignal und Nachrichten. — Brünn, 10—11. Gefängismatinee; 19. Orchesterkonzert. — London, 16.20. Die Glocken von Chester; 17. Leichtes Konzert; 22.15. Leichtes Symphoniekonzert. — Paris, 13.45. Konzert. — Berlin, 11.30. Unterhaltungsmusik; 16.30. Konzert; 20.30. „Romeo und Julia“, Trauerspiel von Shakespeare. — Stuttgart, 19.15. Vortrag; Die Frühgestorbenen der deutschen Dichtung; Theodor Körner. — Leipzig, 9. Morgenfeier; 12. Musikalische Stunde. — Breslau, 12. Lesestunde; Rückblick, Karl Hauptmann; 16. Märchnachmittag; 16.30. Unterhaltungskonzert; 19.30. Wunderliche Geschichten u. Abenteuer aus Schlesien; 20.35. Löss-Abend. — München, 21.30. Populäres Sonntagskonzert. — Frankfurt, 15. Die Stunde der Jugend, Aus dem deutschen Märchenborn, 16. Konzert des Hausorchesters. — Wien, 10. Chorvorträge der Wiener Sängerknaben; 11. Wiener Symphonieorchester; 16. Wiener Konzertorchester; 18.10. Kammermusikabend; 20. Götterdämmerung. — Zürich, 11, 15, 16, 20.30. Konzerte.

ist auf die Klage einer verlassenem Gattin in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, die keine Ahnung hatte, daß ihr Ehemann einen Scheidungsprozeß angestrengt hatte und die zu ihrem Erstaunen eines Morgens in der Zeitung las, daß sie eine geschiedene Frau geworden sei. Ohne ihr Vorwissen hatte sich ihr Mann nach Yucatan gewandt und dort die Scheidung durchgesetzt.

Zur Verteidigung der Geistesfreiheit. — Eine europäische Liga gegen faschistische und bolschewistische Anechtung. Aus Paris wird gemeldet: Der rohen Gewalt, mit der der Faschismus die Welt zu erobern sucht, hat eine Anzahl von Intellektuellen aus allen Ländern Europas die Macht des Geistes entgegenzusetzen beschlossen, und zu diesem Zweck die Europäische Liga der Verteidigung der Geistesfreiheit gegründet. Sie veröffentlicht im „Quotidien“ einen Aufruf, der bereits etwa 300 Unterschriften der hervorragendsten Vertreter der Wissenschaft wie der Literatur und Kunst Deutschlands, Frankreichs, Englands, Spaniens, Italiens, Russlands usw. trägt. Mit Besorgnis erfüllt es die Welt, daß man heute, so heißt es in dem Aufruf, in mehr als einem Lande die freie Institutionen durch die Diktatur beseitigt und die öffentlichen und persönlichen Freiheiten unterdrückt. Insbesondere die Freiheit der Presse, die in der heutigen Gesellschaft die wesentlichste freiheitliche Einrichtung sei, werde schamlos mißhandelt. Dem wird die Europäische Liga mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten.

In das Lokyer Hauptpostamt drangen in der Nacht zum Sonntag durch ein in die Mauer geschlagenes Loch Diebe ein und raubten das ganze Geld, das sich in den Kassen des Amtes befand. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Englische Geistliche als Kriegsdienstverweigerer. 200 englische Geistliche haben kürzlich eine pazifistische Vereinigung gegründet, die den Namen „The Congregational Ministers Crusade against war“ (Kreuzzug congregationaler Geistlicher gegen den Krieg) angenommen hat. Sie alle haben sich verpflichtet, nicht nur aktiv gegen Krieg und jede Kriegsvorbereitung zu arbeiten, sondern persönlich jeden Kriegsdienst zu verweigern.

Bakunins Beichte. Fast 50 Jahre nach Bakunins Tode hat man ein schon längst von der Legende umspinnenes Dokument Bakunins in den Archiven des Zaren gefunden, in denen es seit 1851 geruht hatte. Im Geheimvertraut des Zarenlebens der früheren Zaren wurde die Beichte Bakunins entdeckt, die nicht nur wegen ihrer romantischen Herkunft eines der faszinierendsten Dokumente der revolutionären Literatur ist. Auf Verlangen des Zaren Nikolaus I. hatte Bakunin in der Peter-Pauls-Festung in St. Petersburg die Geschichte seines abenteuerlichen Lebens in den bewegten 1840er Jahren geschrieben. So entstand ein Querschnitt durch die europäische Geschichte jener Zeit. Die Pariser Februarrevolution, die Erhebung der Tschechen Pfingsten 1848 und der Dresdener Maiaufstand 1849 sind die Höhepunkte von Bakunins Darstellung. Das rasche Aufkommen der 48er Bewegung, ihr ebenso jähes Erlöschen, das Nationalitätenproblem Oesterreich-Ungarns, die schwarzrotegoldene Bewegung in Deutschland, die polnisch-preussische Frage, der Panlawismus stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen Bakunins, von denen in Kürze auch eine deutsche, von Dr. Kurt Reffien herausgegebene Ausgabe in der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin, erscheinen wird. Sie soll außer der Beichte ein Anzahl bisher nicht veröffentlichter Dokumente aus russischen Archiven und dem Sächsischen Staatsarchiv in Dresden bringen.

Der gepflandete Prälat. In Olmütz begann die öffentliche Versteigerung der Einrichtungsgegenstände des Domprälaten Grimmenstein...

52 politische Parteien! Nach einer Berechnung des „Ceske Slovo“ gab es von der Zeit des Umsturzes bis heute in der Tschechoslowakei nicht weniger als 52 politische Parteien...

36 Tote bei einem Schiffszusammenstoß. Aus New Orleans wird berichtet: Bei einem Zusammenstoß zwischen dem holländischen Tankerschiff „Silvanus“ und einem amerikanischen Tankerschiff „T. S. Wheeler“...

Abfahre von der Schneelampe. Beim Aufstieg auf die Schneelampe haben sich wieder zwei Unglücksfälle ereignet. In der Nacht stieg ein Kottbusser mit mehreren Begleitern zur Schneelampe...

Weiterer Ausbau der Prager automatischen Telefonzentralen. Von der Post- und Telegraphendirektion in Prag wird uns mitgeteilt: Die Telegraphenleitung für den Ausbau der automatischen Zentren in Prag hat zwei weitere 2000er-Gruppen zur Umstellung auf den automatischen Betrieb vorbereitet...

besonders darauf aufmerksam, daß sofort mit der Nummernwahl begonnen werden muß, sobald das Amtszeichen vernehmbar wird...

Wetterübersicht vom 9. April. Die Abkühlung setzte Donnerstag die Nachmittagsstemperaturen in der ganzen Republik erheblich unter 20 Gr. Celsheraab...

Eine Wochenübersicht.

Von P. H. Scheidemann.

SPD. Eine unfreundliche Grippe hatte mich für mehr als eine Woche in die Betten gedrückt. Wohl oder übel mußte ich gute Wiene zum bösen Spiel machen...

1. Montag: Scheidemann verzehrt die Zinsen gut angelegter Revolutionsgewinne. Vielleicht vertritt er einmal, was er im Sommer 1918 beim englischen Gesandten im Haag zu tun hatte...

2. Dienstag: Sein Verhalten kann nicht mehr überraschen, nachdem man weiß, daß er Freimaurer ist.

3. Mittwoch: Er amüsiert sich offenbar besonders gern mit Radtänzerinnen.

4. Donnerstag: Die Aufforderung eines kommunistischen Redners, die Fürsten, „diese Burschen einen Kopf kürzer zu machen“, fand anscheinend die ungeteilte Zustimmung der Staatsbehörden...

5. Freitag: Dieser Bursche hat die Frechheit, das Maul aufzureißen, obwohl er 55.000 bis 60.000 Mark Jahrespension bezieht.

6. Sonnabend: Ich bin enttäuscht, denn ich entdeckte nirgends auch nur die kleinste Bemerkung über mich.

Jeder dieser Vorwürfe trifft mich natürlich auf die tiefste. Damit wenigstens der Vorwurf nicht wieder erhoben werden kann, ich drücke mich mit Räuber geschichten um klare Antworten, will ich zu Ostern die ganze Wahrheit beichten und damit mein Gewissen erleichtern:

1. An den englischen Gesandten habe ich im Sommer 1918 die deutschen Kolonien verkauft, außerdem aber durchgesetzt, daß England beide Augen zudrückt, wenn Ludendorff und Wilhelm türmen. Daher meine Revolutionsgewinne.

2. Es ist wahr, daß ich Beziehungen zu einer Freimaurerloge gehabt habe: als blutjunger Mensch liebte ich die muntere Tochter eines mü-

den Nachtwächters; wir trafen uns abends unter einem Glasdach, das die Zufahrt hinter dem Hause der Freimaurerloge...

3. Es handelt sich um eine Uebertreibung; denn es kommt nur eine in Betracht, die ist allerdings reizend; sie wurde am 29. März d. J. ein Jahr alt.

4. Im Lustgarten habe ich, wie ich zu meiner Schande gestehen muß überhaupt noch nicht ge-redet, an anderen Stellen niemals so, wie man behauptet, um mir einen „noblen Charakter“ verleihen zu können.

5. Wenn die völkische Parteikasse die Differenz zwischen einer Bürgermeister-Pension und den Summen, die mit nachgerebet werden, nur für ein Jahr zahlen sollte, wäre die Ludendorffpartei für ewige Zeiten pleite...

6. Es ist für meine verehrlichen Freunde von rechts und links ein Armutsgewissnis, daß ihnen gar nichts weiter eingefallen ist. Ich wünsche ihnen gute Besserung und angenehme Feiertage.

Vollwirtschaft.

Das Abflauen der Konjunktur.

In der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht der Sekretär des tschechoslowakischen Industrielenverbands Prof. Dr. Hodač, einen Artikel über die gegenwärtige Lage der tschechoslowakischen Industrie...

Im Jahre 1925 konnte man von einer guten Abkühlungskonjunktur der meisten Industriezweige in der Tschechoslowakei sprechen. Eine Ausnahme bildete die Kohlenindustrie aus Gründen, die zum größten Teil analog denjenigen der anderen lohnproduzierenden Staaten waren...

In der Porzellanindustrie kam es bereits zu Arbeiterentlassungen, die Ausfuhr sank von 26 Millionen im Dezember auf 17 Millionen tschechische Kronen im Jänner. Die Zucke-industrie leidet unter dem allgemeinen Preisrückgang auf dem Weltmarkt...

den im Gebäude beschäftigten Arbeitern, die durch austretende Dämpfe und heiße Laugen schwere Verbrühungen erlitten haben, sind 7 Mann tot. Die Verhaftung eines Abenteurers. In Heidelberg wurde der berühmte Hochstapler und frühere Spion, der 42jährige Hans Louis Hermann Cordt...

Wie aus den Ausführungen hervorgeht, ist der Abflauungskonjunktur in erster Reihe auf internationalen Ursachen zurückzuführen. Sollte man den Worten, die auf wirtschaftlichen Kongressen und von prominenten Wirtschaftspolitikern vorgebracht werden, glauben, müßte man eine allgemeine Tendenz zur Herabsetzung der Zölle und Beseitigung von Handelsreglementierungen annehmen...

Die Steuerbelastung in der Tschechoslowakei.

Jeht bis zwölfmal so groß wie 1914.

Die soeben erschienene Nummer 9-11 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ bringt bemerkenswerte Daten über die Belastung der Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik durch öffentliche Lasten...

Für die übrigen Jahre sind bloß Daten über die staatlichen Lasten zur Hand. Vom Ertrage dieser staatlichen Steuern und Abgaben, Steuern, Zagen, Gebühren und Monopole, entfielen im Durchschnitt für die ganze Republik auf einen Einwohner im Jahre 1919 145 Kronen...

Wie man sieht, ist also die Steuerbelastung insgesamt auf das zehn- bis zwölffache gestiegen, während selbst nach den Angaben des Finanzministers, die Einkommen höchstens um das fünf- bis sechsfache höher sind als 1914...

Kleine Chronik.

Das Verbrecherschiff nach der Teufelsinsel. Die Teufelsinsel an der Küste von Französisch-Guayana, dieses unheimlichste Deportationsland der Erde, auf der einst Dreyfuß schmachtete...

interessanten Vortrag. Auf die Reste des Ortes stieß man in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als Arbeitslose dort Knochen ausgruben...

Der Doppelpänger. In Mainz in Nordamerika beginnt in nächster Zeit ein Denkmalsprojekt gegen den 34jährigen Ingenieur William Franko, der den Bankbeamten Willkins erschossen hat...

an den Doppelpänger gewiesen. Franko rief diesem den Brief aus der Hand, in dem die Braut ihren Bräutigam verständigte, daß sie heute verheiratet sei...

König Johann III. In aller Stille hat sich in Frankreich ein historisches Ereignis vollzogen: König Johann III. hat den Thron seiner Väter bestiegen...

Eine schwere Explosionskatastrophe ereignete sich dieser Tage in der Sulfat-Zellulosefabrik von Poesch und Komp. Werk Seidenau bei Dresden...

den im Gebäude beschäftigten Arbeitern, die durch austretende Dämpfe und heiße Laugen schwere Verbrühungen erlitten haben, sind 7 Mann tot.

Die Verhaftung eines Abenteurers. In Heidelberg wurde der berühmte Hochstapler und frühere Spion, der 42jährige Hans Louis Hermann Cordt, gebürtiger Hamburger, wieder einmal verhaftet...

Die Sowjets und das kirchliche Osterfest. In Sowjetrußland werden die alljährlichen Osterfestdemonstrationen in diesem Jahre erst am 3. Mai stattfinden, weil auf den 1. Mai das russische Osterfest fällt...

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.



Infolge Verwendung der allerneuesten Maschinen, genauesten Wirtschaften mit Zeit und Material sowie Arbeitsteilung sind die Reparaturwerkstätten der Firma Sana imstande, Schuhe gut und billig zu reparieren.

Touristen,

Turner, Jäger und Ausflügler, namentlich alle, die eine Fuß-, Bahn- oder Autotour vornehmen, sollen sich vorher, ihrer Gesundheit zuliebe, eine Flasche des echten

MENTHOL-FRANZBRANNTWEINES ALPA

besorgen. Der Berufsreisende zählt dieselbe seit jeher zum Hauptbestandteil seiner Reisetasche. Derselbe als erfahrener Kaufmann weist auch alle anders benannten Nachahmungen ab, da in diesem Artikel nichts Besseres und Erprobteres existiert.

MENTHOL-FRANZBRANNTWEIN ALPA

Devisenturie.

Prager Kurse am 9. April.

Table with 3 columns: Wares, Rate, and another Rate. Includes items like 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, etc.

Ein Welttrist für Kunstseide?

Zeitungsberichten zufolge soll der Plan bestehen, die drei größten Kunstseidenkonzerne der Welt, den Courtaulds, Glanzstoff-Bemberg- und Suisa Viscosa-Konzern zusammenzufassen, sei es in der Form eines Kartells mit Absatzverteilung oder sogar in der Form eines Trusts.

Prager Produktendüse. (Offizieller Bericht v. 9. April.) Die befestigte Tendenz auf allen europäischen Getreidemärkten, die diesmal auch die Lage in Amerika beeinflusste, war heute auch am Prager Markt bemerkbar.

gen getätigt. Die gebesserte Haltung kommt bei einigen Getreidesorten nicht so sehr in erhöhten Preisen zum Ausdruck als in der Nachfrage. Gleichfalls wie beim Getreide befestigte sich auch die Tendenz bei Mais.

Der Film.

In der ganzen Republik sind bisher 1113 Kino-lizenzen ausgegeben worden, von denen die relativ meisten in den Händen der Sokoln sind (389).

Die gefährliche Unschuld betrifft sich ein ziemlich posender Universalfilm mit Eugen O'Brien und Laura la Plante in den Hauptrollen. Die unaufdringliche Handlung ist aus dem modernen Gesellschaftsleben geschöpft.

Literatur.

Die Aufgaben und Forderungen der „Freien Gemeinde“, ein Nachschlagebuch für alle tätigen Gemeindefunktionäre. Von diesem, im Verlage des Kreisbildungsausschusses in Kuffig erschienenen Buch sind noch mehrere Exemplare lagernd.

Kunst und Wissen.

Internationale Pantomimen-Gesellschaft.

Das Wesen der Reinhardtischen Regiekunst ist höchste Steigerung der Technik und Präzision des Regie-Apparates, äußeres Gepränge, das im Bluff gipfelt. In der Pantomime muß sich die Seele dieser Kunst schärfer zeigen als im Sprechdrama.

Das dritte philharmonische Konzert des deutschen Theaterorchesters unter Alexander Zemlinitschs Stabführung zeichnete sich durch interessante Vortragshöhe und musterhafte künstlerische Durchführung auf der einen Seite und durch geradezu standhafte Teilnahmslosigkeit des Publikums auf der anderen Seite aus.

Theaterbeginn normal um halb 8 Uhr. Vielen Wünschen aus Publikumskreisen entsprechend, werden laut Mitteilung der Theaterdirektion die Vorstellungen ohne überlange Dauer nach Tuschlicht jetzt um halb 8 Uhr beginnen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Samstag 7 Uhr „Die Geisha“, 10 Uhr abends „Die grüne Flöte“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Samstag „Der leusche Lebemann“, Sonntag 3 Uhr „Charleys Tante“.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Turnen und Sport.

5. Kreis. (Der Leichtathletische Kurs) beginnt am Samstag, den 17. April um 2 Uhr nachmittags am Sportplatz in Eichwald und endet am Sonntag, den 18. April abends.

5. Kreis. (Die Kreisvorturnerstunde) am Sonntag, den 18. April entfällt. Die Kreisvorturnerstunde am Sonntag, den 25. April wird als erweiterte auf dem T. F. R. Platz in Leptitz abgehalten.

Fußballspiel zu jeder Tageszeit! War man von früher her, seit das Fußballspiel überhaupt existiert, gewöhnt, daß die Spiele bei natürlichem Licht und an Nachmittagen ausgetragen werden, so hat sich die Situation infolge der geänderten, daß man nicht nur vormittags und nachmittags Fußballspiele veranstaltet, sondern der geschäftstätige Geist, der den bürgerlichen Sportvereinen innewohnt, sucht und findet immer wieder Neuerungen, die als einzigartig und sensationell wirken sollen.

Nademacher, Deutschlands bester Brustschwimmer, befindet sich bekanntlich zurzeit in Amerika, wo er von Erfolg zu Erfolg eilte und manchen Weltrekord das Licht ausblies.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner. Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

Neu ergänzte Lager.

Vor den Osterfeiertagen haben wir unsere Kunden auf die Nachteile eines Andranges aufmerksam gemacht und ihnen den rechtzeitigen Einkauf ihrer Bedürfnisse empfohlen.

Der Andrang in unseren Geschäften war aber bei weitem größer, als wir dies sowieso befürchteten, trotzdem wir schon zuvor alles vorbereitet hatten, um jeden Einzelnen sofort und individuell bedienen zu können.

Wir haben nun unsere Verkaufsstellen wieder hinreichend mit neuer Ware versorgt und auf die vor den Feiertagen ausverkauften Nummern wieder ergänzt.



Advertisement for Alpia Sportwolle featuring a mountain scene and the Alpia logo. Text includes 'Matador Sportwolle', 'Alpia Sportwolle', and 'Garantiezeichen'.

Ausschreibung.

Zusolge Gemeindevertretungsbeschlusses vom 1. April 1926 gelangt bei der Gemeinde Pölschen, Bezirk Mies, die Stelle eines

Polizeiwachmannes

zur Besetzung. Die Anstellung erfolgt zunächst provisorisch auf ein Jahr und sodann definitiv bei entsprechender Qualifikation.

1. Tschepolnowakische Staatsbürgerschaft, 2. Alter nicht über 35 Jahre, 3. vollkommene Kenntnis der tschechischen und deutschen Sprache, 4. Schulbildung, 5. Beruf und bisherige Beschäftigung, 6. Gesundheits- und Wohlverhaltenszeugnisse, 7. militärische Ausbildung, 8. Gehaltsansprüche.